

N i e d e r s c h r i f t

der 9. Sitzung des Ausschusses für Klima-, Umwelt-, und Naturschutz,
Stadtentwicklung, Energie und Verkehr
am Dienstag, dem 20.09.2022,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 22:56 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Dr. Moritz Florian Jäger

Herr Fabian Mirolid-Stroh Ausschussvorsitzender

Frau Jana Widdig

Frau Christiane Janetzky-
Klein

(in Vertretung für Stv. Zörb)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Michael Oswald

Herr Carsten Zörb

(in Vertretung für Stv. Bouffier)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Marianne Beukemann

Herr Michael Borke

Herr Christopher Nübel

(in Vertretung für Stv.
Mansoori)

Stadtverordnete der Gigg+Volt-Fraktion:

Herr Lutz Hiestermann

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Herr Stefan Klaus Häbich

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Manuela Giorgis

Stadtverordnete der AfD-Fraktion:

Herr Thomas Biemer

Stadtverordnete der FW-Fraktion:

Herr Günter Helmchen

(in Vertretung für Stv. Geißler)

Außerdem:

Herr Reza Veissi	Fraktion Bd'90/GR
Frau Melanie Tepe	Fraktion Gießener LINKE
Herr Johannes Rippl	Fraktion Gigg+Volt
Herr Frank Schuchard	Fraktion Gigg+Volt

Vom Magistrat:

Herr Frank-Tilo Becher	Oberbürgermeister
Herr Alexander Wright	Bürgermeister
Frau Astrid Eibelshäuser	Stadträtin
Frau Gerda Weigel-Greilich	Stadträtin

Von der Verwaltung:

Herr Dr. Holger Hölscher	Leiter des Stadtplanungsamtes	bis TOP 4
Frau Evelina Stober		zu TOP 1
Herr Stephan Henrich		bis TOP 4
Herr Thomas Röhmel	Leiter des Gartenamtes	bis TOP 2

Vom Ausländerbeirat:

Frau Zeynep Erdogan		bis TOP 2
---------------------	--	-----------

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Steffen Bieber-Diegel	Büroleiter, stellv. Schriftführer
----------------------------	--------------------------------------

Gäste/Sachverständige:

Herr Dr. Dr. Joachim Grösser	IGU GmbH	bis TOP 2
Herrn Dipl.-Ing. Malte Hoffmann	Ingenieurbüro Floecksmühle	bis TOP 2
Herr Dr. Dr. Egbert Korte	Institut für Gewässer und Auenökologie	bis TOP 2
Herrn Dipl.-Ing. Tim Laun	ETN	bis TOP 2

Entschuldigt:

Herr Michel Zörb	
Herr Frederik Bouffier	CDU-Fraktion
Frau Kathrin Schmidt	CDU-Fraktion
Herr Kamyar Mansoori	SPD-Fraktion
Herr Heiner Geißler	FW-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Frau Giorgis bittet darum, den TOP 2 von der Tagesordnung zu nehmen, da die Vorlage zu spät zugegangen ist.

Abstimmung:

Mehrheitlich abgelehnt (Ja: FDP, G+V, FDP, AfD; Nein: GR, SPD, LINKE; StE: CDU).

TOP 2 bleibt somit auf der Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird wie folgt genehmigt:

Ja: Grüne, SPD, Linke, AfD; Nein: FDP, FW, G+V; StE: CDU).

Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Sachstandsbericht zum Klimaschutz 2022
2. Umsetzung Pilotprojekt Bitterling STV/1064/2022
 1. Sanierung des Dammweges
 2. Ökologische Aufwertung des Schwanenteiches
 3. Anlage eines mäandrierenden Nebengerinnes zur Wieseck
 4. Errichtung Hochwasserschutz für das Freibad in der Ringalle
- Antrag des Magistrat vom 12.09.2022 -
3. Aufstellung eines Bebauungsplanes WI 06/10 „Stiegel“; STV/1029/2022
hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes
- Antrag des Magistrats vom 29.08.2022 -
4. Bebauungsplan Nr. G 11 „Margaretenhütte“ 1. Änderung STV/1031/2022
und Erweiterung; **hier:** Abwägung und Satzungsbeschluss
- Antrag des Magistrats vom 29.08.2022 -

- | | | |
|----|--|---------------|
| 5. | Initiierung eines Pilotprojekts „Smarte Straßenbeleuchtung“
- Antrag der CDU-Fraktion vom 05.08.2022 - | STV/1067/2022 |
| 6. | Einführung einer Mobilitätsflatrate
- Antrag der CDU-Fraktion vom 05.08.2022 - | STV/1069/2022 |
| 7. | „Essiggässchen“
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 13.09.2022 - | STV/1073/2022 |
| 8. | „Parkplatz-Photovoltaik: Doppelnutzung bereits versiegelter Flächen“
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 12.09.2022 - | STV/1078/2022 |
| 9. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Sachstandsbericht zum Klimaschutz 2022

Frau Stober stellt den Sachstandsbericht anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

An der regen Aussprache beteiligen sich **Bürgermeister Wright**, sowie die **Stadtverordneten Rippl, Biemer, Hiestermann** sowie **Frau Stober**.

- | | | |
|----|--|----------------------|
| 2. | Umsetzung Pilotprojekt Bitterling
1. Sanierung des Dammweges
2. Ökologische Aufwertung des Schwanenteiches
3. Anlage eines mäandrierenden Nebengerinnes zur Wieseck
4. Errichtung Hochwasserschutz für das Freibad in der Ringalle
- Antrag des Magistrat vom 12.09.2022 - | STV/1064/2022 |
|----|--|----------------------|
-

Antrag:

„Projektgenehmigung zur Umsetzung

1. Sanierung des Dammweges
2. Ökologische Aufwertung des Schwanenteiches
3. Anlage eines mäandrierenden Nebengerinnes zur Wieseck
4. Errichtung Hochwasserschutz für das Freibad in der Ringallee.“

Stadträtin Weigel-Greilich verteilt an die Ausschussmitglieder die

Ausbauvariante 1b.

An der Diskussion beteiligen sich **Oberbürgermeister Becher, Stadträtin Weigel-Greilich, die Stadtverordneten Jäger, Nübel, Oswald, Biemer, Häbich, Hiestermann, Herr Laun (ETN, Hungen), Herr Dr. Korte, Herr Hoffmann** (Ingenieurbüro Floecksmuehle, Aachen) sowie **Herr Röhmel** vom Gartenamt.

Im Plenum besteht Konsens, dass bis zur nächsten Beratung zusätzlich zu den Ausbauvarianten die vorgeschlagene Variante der Bürgerinitiative von Herrn Horst Dreier geprüft wird.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt bis Stadtverordnetenversammlung

3. **Aufstellung eines Bebauungsplanes WI 06/10 „Stiegel“; STV/1029/2022**
hier: Aufstellung eines Bebauungsplanes
- Antrag des Magistrats vom 29.08.2022 -

Antrag:

- „1. Für den in der Anlage 1 dargestellten Plangeltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet.
2. Das Bebauungsplanverfahren wird gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a Abs. 3 Satz 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
4. Der Magistrat wird ermächtigt, die Offenlegung und die Behördenbeteiligung ohne einen gesonderten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung durchzuführen.“

Stadträtin Weigel-Greilich erläutert den Antrag.

An der Diskussion beteiligen sich **Stadträtin Weigel-Greilich** und die Stadtverordneten **Oswald und Rippl**.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (JA: Grüne, CDU, SPD, Linke, FDP, FW, AfD; StE: G+V).

4. **Bebauungsplan Nr. G 11 „Margaretenhütte“ 1. Änderung und Erweiterung; hier: Abwägung und Satzungsbeschluss** **STV/1031/2022**
- Antrag des Magistrats vom 29.08.2022 -

Antrag:

„1. Die seitens der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligungsverfahren gemäß §§ 3 und 4 Baugesetzbuch (BauGB) vorgebrachten Anregungen wurden gemäß §§ 1 Abs. 5, 6 und 7 sowie 1a BauGB geprüft. Das in der Anlage 1 dargestellte Prüfergebnis wird beschlossen.

2. Der Bebauungsplan GI 11 „Margaretenhütte“ 1. Änderung und Erweiterung (Anlage 2) wird mit einem im südwestlichen Teilbereich reduzierten räumlichen Geltungsbereich und seinen zeichnerischen und planungsrechtlichen Festsetzungen (Teil A der textlichen Festsetzungen, Anlage 3) gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung (Anlage 4) wird beschlossen.

3. Die eigenständigen, gemäß § 9 Abs. 4 BauGB in den Bebauungsplan integrierten bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 91 Hessische Bauordnung/HBO (Teil B der textlichen Festsetzungen, Anlage 3) werden als Satzung beschlossen.

4. Der Magistrat wird beauftragt, den Satzungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.“

Stadträtin Weigel-Greilich erläutert die Vorlage.

An der Diskussion beteiligen sich **Stadträtin Weigel-Greilich** sowie die Stadtverordnete **Giorgis** und Herr **Henrich** vom Stadtplanungsamt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt (Ja: Grüne, CDU, SPD, Linke, FW, AfD; StE: G+V, FDP).

5. **Initiierung eines Pilotprojekts „Smarte Straßenbeleuchtung“** **STV/1067/2022**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 05.08.2022 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, ein Pilotprojekt ‚Smarte Straßenbeleuchtung‘ zu initiieren. In diesem Zusammenhang soll/sollen

1. geprüft werden, welche Straßen in der Stadt Gießen für eine solche Umrüstung in Frage kommen,
2. die Laternen in mindestens drei Straßen mit entsprechenden Sensoren ausgerüstet werden,
3. geprüft werden, inwiefern diese Straßenlaternen gleichzeitig zur WLAN-Nutzung, Verkehrlenkung, Schadstoffmessung und als Ladesäule für Elektroautos genutzt werden können,
4. alle erforderlichen finanziellen Mittel für die Umrüstung der Straßenzüge bereitgestellt werden.“

Begründung:

Rund neun Millionen Straßenlaternen gibt es in Deutschland, davon etwa 9000 in Gießen. Bisher spenden sie vor allem an Straßen und auf Plätzen Licht und erhöhen damit das subjektive Sicherheitsgefühl. Doch in den Laternen steckt weitaus mehr Potential: Sie können als Ladesäule für Elektroautos verwendet werden, den Verkehr lenken, bei der Parkplatzsuche helfen, Schadstoffe messen und Zugang zum Internet bieten. Es besteht außerdem die Möglichkeit, Straßenlaternen mit entsprechenden Sensoren auszustatten, die nur zu einer Beleuchtung führen, wenn eine Bewegung wahrgenommen wird. Die Informationen werden nach der Erkennung dann an die benachbarten LED-Leuchten weitergegeben, die dann ebenfalls leuchten. Wird keine Bewegung erkannt, werden die Straßenlaternen auf einen gewünschten Wert (z.B. 20%) heruntergedimmt. So gewährleistet die Straßenbeleuchtung weiterhin ein hohes Maß an Sicherheit, während gleichzeitig Energie eingespart werden kann.

Stadtverordneter Oswald stellt den Antrag vor.

An der Diskussion beteiligen sich **Bürgermeister Wright** sowie die **Stadtverordneten Widdig, Rippl, Biemer, Janetzky-Klein, Nübel und Oswald**.

Bürgermeister Wright bittet um folgende Änderung des Antrages:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, ein Pilotprojekt ‚Smarte Straßenbeleuchtung‘ zu initiieren. In diesem Zusammenhang soll/sollen

- 1. geprüft werden, welche Straßen in der Stadt Gießen für eine solche Umrüstung in Frage kommen,*
- 2. die Laternen in **einer** Straße mit entsprechenden Sensoren ausgerüstet werden,*
- 3. geprüft werden, inwiefern diese Straßenlaternen gleichzeitig zur WLAN-Nutzung, Verkehrslenkung, Schadstoffmessung und als Ladesäule für Elektroautos genutzt werden können,*
- 4. alle erforderlichen finanziellen Mittel für die Umrüstung **des Straßenzuges** bereitgestellt werden.“*

Beratungsergebnis:

Geändert einstimmig zugestimmt (Ja: Grüne, CDU, SPD, G+V, Linke, FW, AfD; StE: FDP).

6. **Einführung einer Mobilitätsflatrate**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 05.08.2022 -

STV/1069/2022

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, gemeinsam mit den regionalen Verkehrsbetrieben sowie dem Landkreis Gießen ein Konzept zur Einführung einer Mobilitätsflatrate zu erarbeiten und über das Ergebnis innerhalb eines Jahres Bericht zu erstatten.“

Begründung:

Die Mobilitätsbranche und damit auch das Mobilitätsverhalten verändert sich grundlegend. Die Angebote an Car- und Bike-Sharing, aber auch im Öffentlichen Nahverkehr nehmen zu. Immer mehr Städte stellen sich die Frage, wie ein ganzheitlicherer Ansatz, der den Individualverkehr und den öffentlichen Verkehr verbindet, aussehen kann. Eine Möglichkeit wäre die Einführung einer Mobilitätsflatrate. Zu einem monatlichen Festpreis könnten Bürgerinnen und Bürger den öffentlichen Nahverkehr sowie Car- und Bikesharing-Angebote in Anspruch nehmen. Ziel ist es, dass Nutzerinnen und Nutzer zu jeder Zeit das gerade am besten passende Verkehrsmittel nutzen können. Die Buchung der Angebote kann dann beispielsweise über die Gießen-App, eine Website oder Kundenkarte erfolgen. Damit die Einführung einer Mobilitätsflatrate gelingen kann, ist es wichtig, dass ausreichender Platz auf öffentlichen Flächen für die Abstellung von Car-Sharing-Autos sowie Leihrädern vorhanden ist. Außerdem sollte die Erarbeitung des Konzepts in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Gießen (z.B. als interkommunale Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen) und den Verkehrsbetrieben erfolgen. Auch muss die Mobilitätsflatrate bzw. die unterschiedlichen Pakete zwingend an die Bedürfnisse der unterschiedlichen Zielgruppen angepasst werden.

Stadtverordneter Zörb stellt den Antrag vor.

An der Diskussion beteiligen sich **Bürgermeister Wright, Stadträtin Weigel-Greilich** sowie die Stadtverordneten **Giorgis, Zörb, Janetzky-Klein, Biemer** und **Hiestermann**.

Beratungsergebnis:

Vom Antragsteller zurückgestellt bis zur nächsten Ausschusssitzung.

7. **„Essiggässchen“**
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 13.09.2022 -

STV/1073/2022

Antrag:

„Es wird beantragt, dass der Magistrat die Teilfläche der städtischen Wegeparzelle in Gießen, Flur 5, Nr. 341, Alicenstraße (Essiggässchen), zwischen Ende der Zufahrt zu den Häusern Alicenstraße 22 A - E (nach 23 m ab Einfahrt) bis Grundstücksgrenze am Bahndamm sowie der anschließende Durchlass durch den Bahndamm der Vogelsbergbahn und Lahn-Kinzig-Bahn und die Treppenanlage zum Riegelpfad **nicht** nach § 6 Hessisches Straßengesetz einzieht.“

Begründung:

Die Verbindung zwischen Riegelpfad und Alicenstraße stellt eine Möglichkeit dar, den Bahnübergang Frankfurter Straße zu umgehen, wenn dort die Schranken lange

geschlossen sind. Des Weiteren bietet sie sich an, um aus dem Südviertel ampelfrei und autoverkehrsarm bis zum Schwanenteich und in die Wieseckau zu gelangen. Die Öffnung wurde in der Vergangenheit aus verschiedensten Kreisen immer wieder angeregt - zuletzt auch im Rahmen der Bürger*innenbeteiligung des noch nicht abgeschlossenen Verkehrsentwicklungsplans.

Würde die Unterführung nun entwidmet, nähme sich die Stadt die Chance einer Wiedereröffnung, da dann die Hürden und Anforderungen um ein Vielfaches höher lägen - so müsste dann die Stadt die Kosten für Bau und Instandhaltung tragen und nicht die Bahn (und ggf. der Bund).

Stadtverordneter Becker stellt den Antrag vor.

An der Diskussion beteiligen sich **Bürgermeister Wright, Stadträtin Weigel-Greilich** sowie die **Stadtverordneten Helmchen, Widdig, Biemer und Becker**.

Beratungsergebnis:

Zurückgestellt bis zur Stadtverordnetenversammlung

8. **„Parkplatz-Photovoltaik: Doppelnutzung bereits versiegelter Flächen“** **STV/1078/2022**
- Antrag der Fraktion Gigg+Volt vom 12.09.2022 -
-

Antrag:

„Der Magistrat wird damit beauftragt:

1. die stadteigenen Parkplätze und die der städtischen Beteiligungen auf eine Eignung für eine Überdachung mit Photovoltaikanlagen zu überprüfen,
2. durch Gegenüberstellung von Energieertrag und Zeit- sowie Kostenaufwand eine Prioritätenliste zur Errichtung von Parkplatz-PV-Anlagen vorzulegen und diese der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von sechs Monaten zur Beschlussfassung vorzulegen,
3. die Errichtung von Ladeinfrastruktur für Fahrzeuge an diesen Standorten zu prüfen,
4. mit privaten und öffentlichen Eigentümer*innen großer Parkplatzflächen in der Stadt in Gespräche zur möglichen Nachrüstung mit PV-Überdachung einzutreten,
5. vorab als Pilotprojekt den Parkplatz des Schwimmbads Ringallee auf eine Eignung für eine Überdachung mit Photovoltaikanlagen zu überprüfen und im Falle eines positiven Ergebnisses schnellstmöglich umzusetzen.“

Begründung:

Krieg und Klimakrise zeigen in diesem Jahr besonders deutlich, dass eine schnelle Abkehr von den fossilen, freiheitsraubenden Energieträgern längst überfällig ist. Durch die geplante Ausschreibung der städtischen Gebäudedächer zur Errichtung von Photovoltaikanlagen ist ein erster Schritt in Richtung einer dezentralen Stromversorgung gemacht. Aufgrund der Größe der Aufgabe muss nun aber bereits der nächste Schritt geplant und schnellstmöglich gegangen werden. Da Flächen in Gießen rar sind, muss deren Ausnutzung durch Überbauung und Mischnutzung optimiert werden. Durch PV-Anlagen auf Parkplatzüberdachungen können versiegelte

Asphaltwüsten einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Auch hier sollte die Stadt den Anspruch entwickeln, als Vorbild für andere Parkplatzeigentümer in Gießen zu fungieren.

Parkplätze bilden große zusammenhängende Flächen, die sich hervorragend zur Stromerzeugung eignen. Darüber hinaus bringt die Überdachung mit Photovoltaikmodulen weitere Vorteile mit sich:

- Schutz vor Regen und Schnee
- Verschattung und damit Kühlung der darunter parkenden Fahrzeuge
- Reduktion der Kosten für die Schneeräumung
- Schutz des Fahrbahnbelags
- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch direkten Anschluss von Ladestationen

Für ein Pilotprojekt eignet sich der Parkplatz des Schwimmbads Ringallee, da die Stadtwerke dort aufgrund des hohen Eigenverbrauchs sowie der dort bereits vorhandenen Ladesäulen in die Lage versetzt sein sollten, eine hohe Wirtschaftlichkeit des Vorhabens zu erreichen.

Stadtverordneter Rippl erläutert den Antrag.

An der Diskussion beteiligen sich **Bürgermeister Wright** sowie die **Stadtverordneten Rippl, Janetzky-Klein und Biemer**.

Der Antrag wird wie folgt geändert:

„Der Magistrat wird damit beauftragt:

- 1. die stadteigenen Parkplätze und die der städtischen Beteiligungen auf eine Eignung für eine Überdachung mit Photovoltaikanlagen zu überprüfen,*
- 2. durch Gegenüberstellung von Energieertrag und Zeit- sowie Kostenaufwand eine Prioritätenliste zur Errichtung von Parkplatz-PV-Anlagen vorzulegen und diese der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von **neun** Monaten zur Beschlussfassung vorzulegen,*
- 3. die Errichtung von Ladeinfrastruktur für Fahrzeuge an diesen Standorten zu prüfen,*
- 4. mit privaten und öffentlichen Eigentümer*innen großer Parkplatzflächen in der Stadt in Gespräche zur möglichen Nachrüstung mit PV-Überdachung einzutreten,*
- 5. vorab als Pilotprojekt den Parkplatz des Schwimmbads Ringallee auf eine Eignung für eine Überdachung mit Photovoltaikanlagen zu überprüfen und im Falle eines positiven Ergebnisses schnellstmöglich umzusetzen.“*

Beratungsergebnis:

Zurückgestellt bis zur Stadtverordnetenversammlung

9. Verschiedenes

- a) Antrag STV/0616/2022 „Bootshausstraße“
Auf Nachfrage von **Stadtverordnetem Hiestermann** erläutert **Bürgermeister Wright**, dass das Verkehrszeichen aufgestellt und die Parkplatzthematik abschließend geklärt wird.

- b) Antrag STV/0727/2022 „Jagdbezirk Weststadt“
Auf Nachfrage von **Stadtverordnetem Hiestermann** erläutert **Stadträtin Weigel-Greilich**, dass sie sich bei der zuständigen Stelle nach dem aktuellen Sachstand erkundigt.
- c) Floriade Expo 2022 in Almere
Stadtverordneter Biemer erläutert, dass auf der diesjährigen Weltgartenausstellung (Floriade Expo 2002) in Almere verschiedenste Möglichkeiten einer zukünftigen Stadtbegrünung dargestellt werden.
- d) Veranstaltung „Klimaneutrale Verwaltung“
Stadträtin Weigel-Greilich weist auf die Informationsveranstaltung zum Thema „Klimaneutrale Stadtverwaltung“ am 23.09.2020 um 16:30 Uhr hin.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Mi rold - Stro h

DER STELLV. SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) Bie ber - Die gel